

Gesundheit braucht Politik

verein
demokratischer
ärztinnen und
ärzte



Zeitschrift für eine soziale Medizin

in Zusammenarbeit mit der AG Klimawandel und Gesundheit der Kritischen Mediziner*innen

Nr. 3/2018

Solibeitrag: 5 Euro



Umwelt und Gesundheit

Editorial	3
AG Klimawandel und Gesundheit – Kritische Mediziner*innen Deutschland: Gesundheit braucht Klimagerechtigkeit	4
Jörg Bergstedt: Wohlbefinden und Weltgeschehen. Die politische Geschichte der Umweltbewegung	7
Wolfgang Hien / Herbert Obenland: Dieselmotoremissionen in der Umwelt. DME und das Versagen der deutschen Arbeitsmedizin, Teil II	10
Deutsche Allianz Klimawandel und Gesundheit	14
Thomas Münzel: Augen kann man schließen, Ohren nicht. Über Lärm und Gesundheit	16
Stephanie Sebastiaipillai: Eine transformatorische Energie? Der Kampf gegen den Klimawandel im Gesundheitswesen	20
Dieter Lehmkuhl: Divestment – ein Mittel zum Klimaschutz	22
Daniel Hofinger und Rosa Emrich: Nur ein gesundes Klima wird ein gerechtes sein	24
Willy Mitkop: Konsequenter Systemwandel. Ein Einblick in globale Perspektiven auf Menschenleben	26
Internationales	29
Silvia Habekost: vdää on tour in Kopenhagen. Eindrücke aus Dänemark	30

Liebe vdää-Mitglieder,

Kommunikation ist einfacher per Email als per Post.

Wir haben aber noch immer nicht die Emailadressen von allen Mitgliedern. Wenn Ihr uns Eure Mailadresse noch nicht gegeben habt oder wenn Ihr eine neue Mailadresse habt, gebt Sie uns bitte.

Gleiches gilt für die Postadresse und die Bankverbindung, falls Ihr uns eine Einzugsermächtigung gegeben habt. Es erspart uns Bürokratie, wenn wir das rechtzeitig von Euch bekommen.

Bei der Gelegenheit möchten wir auch daran erinnern, Euren Vereinsbeitrag an Eure evtl. neue berufliche Situation anzupassen.

Herzliche Grüße aus der Geschäftsstelle

- Konferenz des Bündnis KH statt Fabrik
Stuttgart Gewerkschaftshaus: 19.-21.10.2018
- 2. Fachtagung des vdää-AK Ambulante Medizin
3.11.2018, 11-17 Uhr in Berlin
- Workshop Digitalisierung der DPGG
09.11.2018, Berlin
- JHV und Gesundheitspolitisches Forum des vdää
16.-18.11.2018, Alte Feuerwache, Köln

Der vdää

ist bundesweit organisiert; er setzt sich für die Demokratisierung der Strukturen der ärztlichen Standesvertretung ein und versucht, Einfluss zu nehmen auf die Gesundheitspolitik.

Sollten Sie von uns informiert werden wollen, so setzen Sie sich bitte mit unserer Geschäftsstelle in Verbindung. Gerne können Sie sich auch online über den neuen vdää-Newsletter auf dem Laufenden halten. Die Zeitschrift »Gesundheit braucht Politik« ist die Vereinszeitung, die viermal jährlich erscheint. Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Vereinsmeinung wieder.

Redaktion

Thomas Kunkel, Eva Pelz, Nadja Rakowitz, Andrea Schmidt, Bernhard Winter – in Zusammenarbeit mit der AG Klimawandel und Gesundheit der Kritischen Mediziner*innen

Impressum

Gesundheit braucht Politik
3/2018 ISSN 2194-0258
Hrsg. vom Verein demokratischer Ärztinnen und Ärzte
V.i.S.d.P. Thomas Kunkel /
Bernhard Winter

Bilder dieser Ausgabe

»ausgeco2hlt«, AG Klimawandel und Gesundheit der Kritischen Mediziner*innen, »Ende Gelände«, »Hambacher Forst«, Klimacamp im Rheinland, Silvia Habekost
Titelfoto: "Ende Gelände"

Geschäftsstelle:

Kantstraße 10, 63477 Maintal
Telefon 0 61 81 – 43 23 48
Mobil 01 72 – 1 85 80 23
Fax 0 61 81 – 49 19 35
Email info@vdaee.de
Internet www.vdaee.de
Bankverbindung:
Postbank Frankfurt
IBAN: DE97500100600013747603
BIC: PBNKDEFFXXX
Satz/Layout Birgit Letsch
Druck Druckerei Grube

Editorial

Vom climate change zum system change...

Wir, die Redaktion der GbP, wollen uns an allererster Stelle bedanken bei den Aktivist*innen der AG Klimawandel und Gesundheit der Kritischen Mediziner*innen: Dieses Heft wäre nicht entstanden ohne Euer engagiertes und tatkräftiges Engagement. Der wichtigste Impuls in jüngerer Zeit zum Thema Umwelt und Gesundheit in den vdää war das Positionspapier der AG Klimawandel und Gesundheit, in dem die globale Dimension des Themas vorangestellt und das politische Ziel »Klimagerechtigkeit« in den Mittelpunkt gerückt wird. Damit eröffnen wir dieses Heft.

Zwar hat hierzulande die systematische und durch ein mäfiöses Netz aus Herstellern, Wissenschaftler*innen und Politiker*innen gedeckte Manipulation von Abgasgrenzwerten das Thema Umwelt und Gesundheit wieder in die öffentliche Aufmerksamkeit gebracht. Andererseits ist die öffentliche Diskussion aber geprägt von Fehl- und Desinformationen, sowie primär auf die ökonomische Seite der kriminellen Machenschaften der Automobilhersteller beschränkt, statt auf den gesellschaftlichen und gesundheitlichen Flurschaden. Dabei gilt in der derzeitigen Krisenperiode mehr denn je das Diktum aus dem Kommunistischen Manifest von 1848: »Die bürgerlichen Produktions- und Verkehrsverhältnisse, die bürgerlichen Eigentumsverhältnisse, die moderne bürgerliche Gesellschaft, die so gewaltige Produktions- und Verkehrsmittel hervorgezaubert hat, gleicht dem Hexenmeister, der die unterirdischen Gewalten nicht mehr zu beherrschen vermag, die er heraufbeschwor.« (MEW 4, S. 467)

Die vorgebliche Beherrschung dieser unterirdischen Gewalten findet ihren umweltpolitischen Ausdruck in Instrumenten bürgerlicher Diplomatie: Klimaabkommen, Klimaziele, Klimagipfel usw. Aber auch wenn Vereinbarungen zur Senkung der CO₂-Emissionen öffentlichkeitswirksam präsentiert werden, ob sie mit progressiven Konzepten von »Klimagerechtigkeit« einhergehen, ist – immer noch – nur eine rhetorische Frage. Die Geschichte der ökologischen Bewegung in den vergangenen Jahrzehnten hat zwar ehrenwerte Auseinandersetzungen ausgetragen, jedoch gleichzeitig in ihrer Gesamtheit kaum noch systemkritische Positionen entwickelt hat und sich, wie Jörg Bergstedt in seinem Beitrag zeigt, in der Hoffnung auf einen grünen Kapitalismus »Stück für Stück in formale Proteststrategien kanalisieren ließ«. Die Texte von David Hofinger, Rosa Emrich und auch der von Willy Mitkop in diesem Heft und die aktuellen klimapolitischen praktischen Auseinandersetzungen zeigen aber, dass sich daran gerade wieder etwas ändert und eine antikapitalistische Perspektive wieder Einzug zu halten scheint in die Ökobewegung.

Auf der politischen Gegenseite fährt man eine andere Strategie: Nicht nur Donald Trump und seine Anhänger*innen in den USA sondern auch Teile der Führungsriege der neofa-

schistische AfD leugnen einfach den Klimawandel ebenso wie die wissenschaftlichen Ergebnisse des Weltklimarates als »nicht gesichert«. Und auch bei diesem Thema schafft es die AfD, einen Bezug zu ihrem »Kernthema Migration« herzustellen, indem sie dreist behauptet, dass afrikanische Flüchtlinge durch ihre Migration einen negativen CO₂-Footprint hinterließen...¹

Sachlichkeit tut also Not. Es geht schließlich um viel mehr: Der Klimawandel und seine Auswirkungen auf insbesondere die ärmsten Menschen dieses Planeten liefert ein zentrales Argument dafür, dass eine andere Form gesellschaftlicher Produktions- und Eigentumsverhältnisse die obligate Grundlage für eine gesunde und friedliche Zukunft der Menschheit ist.

In diesem Zusammenhang stehen auch die Bilder dieser Ausgabe, die uns dankenswerter Weise von den Initiativen »ausgeco2hlt«, »Ende Gelände«, »Hambacher Forst«, vom Klimacamp im Rheinland und der AG Klimawandel und Gesundheit der Kritischen Mediziner*innen zur Verfügung gestellt wurden.

Der Themenschwerpunkt der letzten Ausgabe von *Gesundheit braucht Politik* in diesem Jahr wird einen kritischen Blick auf die Ökonomisierung und Privatisierung im Gesundheitswesen werfen. Wir freuen uns auch hierzu über Mitstreiter*innen, die an der Konzeptionierung und Gestaltung des Hefts mitwirken wollen!

Thomas Kunkel & Nadja Rakowitz

1 <https://faktenfinder.tagesschau.de/inland/afd-klimaschutz-101.html>

Unterstützen Sie die Volksentscheide für mehr Personal

Nach dem Vorbild von Berlin und Hamburg hat jetzt auch Bayern ein Volksbegehren für mehr Personal im Krankenhaus gestartet. Als vdää sind wir in Bayern direkt als Bündnisorganisation und Mitinitiator dabei. Auch in Berlin und Hamburg sind vdää-Mitglieder aktiv mit dabei. Zudem haben wir, auch im Bündnis »Krankenhaus statt Fabrik« stets Belegschaften solidarisch unterstützt, die Arbeitskämpfe für Entlastungstarifverträge führen. Mit den Volksbegehren haben wir die Chance, nicht nur politisch appellativ zu wirken, sondern mithilfe von plebiszitären Elementen der Länderverfassungen realpolitische Veränderungen zu erzwingen, nämlich bei Krankenhaus-Bedarfsplanung, Höhe der Länderinvestitionen in Krankenhäuser, vor allem aber in der Frage einer bedarfsgerechten Personalbemessung für die Krankenhäuser – und zwar mit Gesetzeskraft.

Die Volksbegehren sind teuer. Daher rufen wir Euch auf, die Volksbegehren nicht nur aktiv politisch zu unterstützen und Unterschriften zu sammeln, sondern mit Eurer Spende bei der Finanzierung mitzuhelfen. Bitte überweist Eure Spende auf das Konto des vdää mit Angabe des Spendenzwecks »Volksbegehren ... plus eine der beiden Städte oder Bayern«.

Kontoverbindung vdää
IBAN: DE97 5001 0060 0013 7476 03
BIC: PBNKDEFFXXX



Liebe LeserInnen und Leser von
Gesundheit braucht Politik,

wenn Sie ***Gesundheit braucht Politik*** gerne vollständig lesen wollen

- und **nicht Mitglied des vdää** sind, dann abonnieren Sie gerne die Zeitschrift (4 Ausgaben pro Jahr) zum Preis von 26 Euro, Studierende zum Preis von 10 Euro.
- Als **Mitglied des vdää** bekommen Sie die Papierfassung der Zeitschrift immer per Post und auf Anfrage schickt Ihnen die Geschäftsstelle auch die vollständige pdf-Datei per Mail.
- Wenn Sie es zunächst mit einem Probeabo versuchen wollen (2 Ausgaben à 10 Euro), dann setzen Sie sich mit uns in Verbindung.

Mehr Informationen in der Geschäftsstelle des vdää:

Tel: 06181 – 432 348

info@vdaeae.de